



Dienstag, 15. September 2026, 13:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Das Megagefängnis

Tausende Menschen haben in den letzten sieben Jahren in El Salvador ihre Freiheit verloren. Viele von ihnen sitzen in der modernsten und strengsten Strafvollzugsanstalt der Welt.

von Ludwig Elias Franz
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Byron Ortiz)

El Salvador gilt unter Nayib Bukele als sicherheitspolitisches Erfolgsmodell und findet damit zunehmend Nachahmer. Das berühmteste

Aushängeschild seiner Politik ist ein gigantisches, im Jahr 2023 eröffnetes Hochsicherheitsgefängnis: Das Centro de Confinamiento del Terrorismo. Ziel ist die Inhaftierung von Mitgliedern krimineller Banden. Während El Salvador tatsächlich sicherer geworden zu sein scheint, berichten Menschenrechtsorganisationen von willkürlichen Massenverhaftungen und auch ob die extremen Haftbedingungen noch angemessen sind, wird immer wieder diskutiert. Dazu kommt, dass offenbar nicht klar ist, wie lange dieser Ausnahmezustand noch andauern soll und ob er nicht langsam zu einem Dauerzustand mutiert, der das Land einen erheblichen Anteil seiner jungen Männer kostet.

Tausende Menschen haben in den letzten sieben Jahren in El

Salvador ihre Freiheit verloren. Viele von ihnen sitzen in der modernsten und strengsten Strafvollzugsanstalt der Welt. Das „Centro de Confinamiento del Terrorismo“ (CECOT) Gefängnis ist ein Vorzeigeprojekt des zweifachen salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele. In einer Mischung aus Bewunderung und Abscheu schauen unterschiedliche Akteure der politischen Welt auf dieses Projekt und seine Implikationen. Organisationen wie „Human Rights Watch“ und „Amnesty International“ kritisieren immer wieder scharf, dass die ausgegebenen Quoten zu Verhaftungen Unschuldiger führen, deren Zahl sich durch mangelnde Informationsgrundlage nicht genau beziffern lasse. Dagegen schmeichelte das Gefängnis und Bukeles Einstufung der Gangs „MS13“ und „Barrio 18“ als Terrororganisationen besonders Donald Trump, der die Gelegenheit nicht ausließ, einige seiner störendsten Gefangenen nach El Salvador abzuschicken. Darunter viele venezolanische „Tren de Aragua“-Gangmitglieder der

berüchtigtsten transnationalen Kartellorganisation des Kontinents.

Mit 91.000 plus Inhaftierten fehlt dem Land zusätzlich fast eine ganze Generation junger Männer. Etwa zwei Prozent der erwachsenen Bevölkerung sitzt im Gefängnis, andere fehlen durch Mord, Totschlag und Flucht. Vielen Familien fehlen ihre geliebten Enkel, Söhne, Brüder. Die Sicherheitssituation des Landes scheint unter Kontrolle, dennoch hält die Regierung am politischen Ausnahmezustand fest.

Seit 2022 regiert die Bukele-Administration per Dekret – dabei werden wesentliche Bereiche einer demokratischen Administration umgangen: zum Beispiel können Verhaftungen ohne Haftbefehl durchgeführt werden – und erneuert den Ausnahmezustand dabei alle 30 Tage bis in die Gegenwart.

Im CECOT treffen „Tren de Aragua“-Mitglieder auf Mitglieder der berüchtigten salvadorianischen Gangs „MS 13“ und „Barrio 18“ – sie hatten das Land über Jahrzehnte mit einer andauernden Mordwelle paralyisiert – und werden hier vor der Öffentlichkeit verwahrt. Die Auslastung ist mit 162 Prozent mehr als kuschelig gehalten.

Rivalisierende Gangs werden in dieselbe Zelle gesperrt. Das soll Gangaktivitäten im Gefängnis unterbinden. erinnert man sich an das „Camp Bucca Detention Center“ im Nahen Osten und die dort stattfindende Stärkung des „Islamischen Staats“, dürften Zweifel an dieser Strategie bestehen.

Wo die Mordrate des Landes 2015 noch bei 6.656 Toten im Jahr lag, verbuchte die letzte Zählung 2025 „nur“ noch 82 Morde. Für den weiteren Erhalt des Ausnahmezustands spricht sich nicht nur die Regierung unter Bukele aus, sondern auch andere Präsidentschaftskandidaten, die sich auf die am 28. Februar 2027 anstehende Wahl vorbereiten. Darunter Orlando Delcid. Er ist

Kandidat für die evangelikal-patriotische Partei „Fraternidad Patriota Salvadoreña“ (FPS).

„Es sind immer noch 20.000 Gangmitglieder auf freiem Fuß. Wir dürfen ihnen nicht signalisieren: Wartet einfach, bis der Ausnahmezustand vorbei ist“, so Delcid.

Wenn auch der Kampf gegen die Gangs in El Salvador lange nicht abgeschlossen scheint, ist der Erfolg jedoch so weit fortgeschritten, dass er ganz neue Herausforderungen mit sich bringt.

Neue Herausforderungen:

Delcid fuhr fort:

„Denkt mal an die Jugend, die wir gerade in El Salvador erleben. Da geht es um sehr schwere Themen wie Depressionen, denn früher hatten die Menschen die Fähigkeit, in einen Überlebensmodus zu schalten. Sie sahen, wie jemand getötet wurde – vielleicht sogar ein Familienmitglied –, hatten aber keine Zeit zu trauern, weil sie dachten: ‚Ich bin der Nächste.‘

Und wenn das erst einmal vorbei ist und man Zeit zum Nachdenken hat, stellt man fest: ‚Die Liebe meiner Mutter ist nicht mehr da. Ich habe meinen Vater nicht mehr hier. Wie geht es jetzt weiter?‘ Und ich würde sagen, dass man dieses Problem fast auf eine übernatürliche Weise lösen muss, so wie auch dieses Werk unter Bukele entstanden ist. In dieser neuen Situation kommt das kollektive Trauma, das Salvadorianer mindestens seit dem Bürgerkrieg der 80er Jahre erlitten haben, erst wirklich zum Vorschein. Und ich bin ein großer Verfechter der Ansicht, dass der einzige Weg, dies zu überwinden, über Jesus Christus führt.“

Traumata sind bei Weitem nicht das Einzige, durch zunehmende Sicherheit auf den Straßen zum Vorschein kommt. Wegbrechende Gewalt führt zu sicheren Straßen, sichere Straßen führen zu steigenden Lebenshaltungskosten, die El Salvador mit stark steigender Armut, trotz zunehmendem Wirtschaftswachstum konfrontieren.

Laut Weltbank-Daten ist die relative Armut in den Jahren 2019 bis 2023 von 22,8 auf 27,2 Prozent gestiegen. Extreme Armut (3 \$/Tag) hat sich in diesem Zeitraum sogar von 4,3 auf 8,8 Prozent verdoppelt. Diese lässt sich durch steigende Lebenshaltungskosten jedoch nicht befriedigend begründen.

Die jährlichen Funds der „MS13“ allein werden auf drei bis vier Millionen US-Dollar geschätzt. Gangs entstehen insbesondere in Situationen, in denen ein Machtvakuum besteht und Menschen erleben, dass sich die Regierung nicht um ihre Belange kümmert, also fangen die Menschen an, sich selbst zu kümmern. Mit dem Fehlen der Gangs fehlt auch die finanzielle Unterstützung, die Familienmitglieder dadurch erfahren haben. Dazu fehlt nicht nur die Gangstruktur, sondern eben unzählige junge Männer aus oftmals besonders armen Verhältnissen, die diesen Strukturen in der Regel eher aus Mangel an Alternativen zum Opfer fallen.

Die Regierung des Landes wird zunehmend mit den Auswirkungen ihrer „Erfolge“ auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens konfrontiert, die es zu regeln gilt.

„Die Aufgabe der Regierung ist es, für Sicherheit zu sorgen. (...) Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass es einen Rahmen gibt, in dem die Menschen sicher sind und sich darüber keine Sorgen machen müssen“, mahnt Delcid.

Wirtschaftlicher Aufschwung und fehlende Arbeitskraft:

Gleichzeitig spricht er sich stark für wirtschaftliche Investitionen aus In- und Ausland aus. Wie diese wirtschaftliche Investitionsagenda tatsächlich ihren Weg in die Geldbeutel der Menschen finden und ihnen neue Hoffnung geben soll, bleibt offen. Gerade die vielerorts prekäre Situation in den Communities wird frühestens mittelfristig Verbesserungen erleben. Hier dürfte die jüngere Generation Männer am schmerzlichsten fehlen. Delcid berichtet:

„Ich fahre hinaus in die ... Hier nennt man sie „Las comunidades“. Das sind Orte, an denen einiges fehlt. Viele von ihnen haben kein Wasser. Sie haben keinen Strom.

Und wenn sie Strom haben, ist die Versorgung sehr primitiv. Und sie leben in Häusern, die aus Stahl sind, aus Wellblech, und es ist schwer zu sagen: ‚Hey, wir werden hier etwas bewirken!‘, denn wenn man ein Problem behebt, ist das nur eines von, sagen wir, zweihundert Problemen, die gelöst werden müssen. Wir werden uns nicht mit Mikro-Problemen befassen. Wir werden uns mit Makro-Problemen befassen. Wir müssen ein Problem in einer Gemeinde angehen und lösen und das dann im ganzen Land replizieren.“

Real bleiben die Communities so erstmal mit ihren Problemen allein. In der Hauptstadt ist der Versuch die Bevölkerung zu entlasten schon unmittelbarer greifbar.

Nayib Bukele hat im Juni 2026 sein jüngstes Vorzeigeprojekt eröffnet: das frisch modernisierte und erweiterte Krankenhaus Rosales in der Hauptstadt San Salvador. Hier sollen Behandlungen für Salvadorianer vollkommen kostenfrei sein, verkündete Bukele. Das Investitionsprojekt über 61 Millionen US-Dollar wurde stark von

chinesischen Investitionen getragen und dient auch einem symbolischen Zweck, nämlich mehr ausländische Investitionen anzulocken.

Die Strategie, das Land über „private“ Investitionen aus dem Ausland aus der Krise zu führen, mutet an wie der Ausverkauf eines Landes.

Delcid wünscht sich beispielsweise einen verstärkten Austausch akademischen und technischen Wissens, um El Salvadors Standpunkt in der Autoindustrie zu stärken. Stattdessen eröffnete die deutsche Firma „ZF Lifetec“ im März ein eigenes Werk, dessen Bedeutung für die Zukunft von Investitionen allein am Besuch des Generaldirektors für Zoll bei der Eröffnung deutlich wird. Benjamin Mayorga bestärkte die Signalwirkung, die diese Investition für weitere internationale Firmen haben würde.

„Wir müssen weiter Flughäfen bauen. Wir müssen Eisenbahnstrecken bauen. Wir müssen so viele Infrastrukturprojekte im Land umsetzen, die Arbeitsplätze schaffen und Begeisterung wecken“, berichtet Delcid.

Dabei sollten künftig besonders die einbezogen werden, die bisher keine Chance gehabt hätten. Auch hier bleibt unberücksichtigt, dass große Teile einer ganzen Generation von Männern in ihrer körperlichen Blüte im Gefängnis sitzen.

Wer diese schwere körperliche Arbeit machen soll und die Arbeitsplätze füllt, die entstehen sollen, bleibt in Delcids Aussagen vage. „Arbeitsplätze, die besser bezahlt werden kommen oft mit ausreichenden Qualifikationsbedingungen zu denen man niemanden zwingen kann. Dieser Teil liegt bei den Bürgern. Wir müssen erkennen, dass wir manchmal auch Teil des Problems sind. Und wir müssen eine Lösung finden, die dauerhaft ist.“

Sein Appell gilt hier den Bürgern selbst.

Wie geht es weiter?

Den Bürgern El Salvadors steht im Februar 2027 eine umfassende Präsidentschafts- und Parlamentswahl bevor. Es wird die erste sein, bei der dem Präsidenten keine Obergrenze für Kandidaturen gesetzt ist. So sicherte sich Bukele auf umstrittenem Weg einmal mehr und final die Möglichkeit, zum Dynasten zu werden.

Auffallend ist, dass bis auf die stark etablierte linke „Farabundo Martí National Liberation Front“ (FMLN) — für die Bukele in der ersten Amtszeit angetreten war — nur konservative Parteien wie „Alianza Republicana Nacionalista“ (ARENA), „Partido de Concertación Nacional“ (PCN) und Delcids FPS, Präsidentschaftskandidaten aufstellen.

Die internationale Kritik, die insbesondere von Amnesty International, Human Rights Watch, aber auch von salvadorianischen Journalisten — die ihr eigenes Land verlassen mussten — kommt, steht den starken Zustimmungswerten der Bevölkerung gegenüber und verpufft innenpolitisch weitgehend im luftleeren Raum. Die letzte wirkliche Oppositionspartei „Vamos“, die noch in der Regierung sitzt, kündigte an, dass sie 2027 keinen Kandidaten zur Präsidentschaftswahl aufstellen, damit sie sich mit ihren Ressourcen voll und ganz auf die parallel stattfindenden Parlamentswahlen fokussieren können. Das Ziel dürfte klar sein: Parlamentarische Opposition stärken und so gut es geht regulatorische Prozesse zurückbringen.

Durch die steigende Flucht von internationalen gemeinnützigen Organisationen und investigativen Journalisten dürfen künftig auch Zweifel an der

tatsächlichen Zustimmung Bukeles erwartet werden. Momentan scheint sich diese jedoch durch die Stimmung im Land zu bestätigen.

Delcid ist in vielerlei Hinsicht die Verkörperung der Errungenschaften Bukeles. Bis Anfang August lebte dieser nämlich als salvadorianischer Aussiedler und erfolgreicher Geschäftsmann mit Frau und Kind in Houston, Texas. Seit 2023 versucht die salvadorianische Regierung, einen Teil der weit verbreiteten Diaspora über steuerliche Anreize zurück ins Land zu holen. Damit würde sich zumindest ein Teil der fehlenden Generation kompensieren lassen, doch der Erfolg des Rückholprogramms ist überschaubar.

„Die Entscheidung, zurück ins eigene Land zu gehen ist nicht einfach, denn viele Menschen haben sich dort ein Leben aufgebaut. Für uns war es die schwierigste Entscheidung unseren Sohn aus der Schule zu nehmen“, teilt Delcid mit.

Er nährt sein Verständnis von Recht und Ordnung ähnlich wie Bukele aus dem Glauben an Gott:

„Wenn jemand sein Leben Jesus Christus anvertraut, geht er die Verpflichtung ein, das Leben mit anderen Augen zu betrachten und etwas anzunehmen, das von entscheidender Bedeutung ist: nämlich Vergebung. Und deshalb ist diese Botschaft für mich von grundlegender Bedeutung. Der Glaube muss jede Angst überwinden.“

Was für den europäischen Leser wahrscheinlich die Frage nach Trennung von Staat und Religion aufwirft, ist in weiten Teilen Lateinamerikas ein selbstverständlicher Teil des Regierens und der Kultur. Die aus dieser Verbindung hervorgehenden realpolitischen Motive wirken bisweilen alttestamentarisch.

„In Texas geht man nicht gerade zimperlich mit Verbrechen um. Im

Gegenteil: Texas ist einer der wenigen Bundesstaaten, in denen es die Todesstrafe gibt. Wir nehmen Recht und Ordnung sehr ernst. Und ich bin da keine Ausnahme. Ich glaube, dass die Terroristen und Kriminellen, die die Menschen terrorisieren und die so viele Salvadorianer getötet und so viele Frauen vergewaltigt haben ... Warum sollten wir Menschen freilassen, die solch abscheuliche Verbrechen begangen haben? Wenn sie nicht im Gefängnis wären, würden sie Christus nicht dienen. Sie würden nicht versuchen, ihr Leben zu ändern. Und deshalb glaube ich, dass meine Botschaft als Präsidentschaftskandidat immer klar sein wird: Wir dürfen nicht zulassen, dass auch nur einer dieser Leute freikommt. Im Gegenteil, wir müssen die Sache zu Ende bringen. Es gibt immer noch Menschen, die sich in Honduras, Guatemala und Nicaragua verstecken, die in die USA fliehen. Wir müssen sie zurückholen und dafür sorgen, dass sie sich hier in El Salvador vor Gericht verantworten müssen“, erläutert Delcid seinen Bezug zu Recht und Ordnung.

Social-Media-König:

Teil des Bukele-Erfolgsrezeptes ist sein aktives Einbinden der Bevölkerung, besonders über Social Media, sodass die Bürger über Regierungsentscheidungen oft sogar schneller informiert werden als einige Minister. So haben Bürger die Entlassung einiger Verfassungsrichter des Landes zum Beispiel auf „X“ zuerst gelesen.

Eine wohl noch größere Rolle spielt hierbei allerdings sein stetiger Bezug auf Jesus Christus und den Glauben. Alle oben genannten Aspekte wären jedoch nicht viel wert, könnte er nicht mit Recht behaupten, das Land sicherheitstechnisch von ganz unten nach ganz oben gebracht zu haben, unter gleichzeitig zunehmendem Wirtschaftswachstum .

„Der Einfluss, den Nayib Bukele in den letzten sieben Jahren auf El Salvador ausgeübt hat, ist mit „politisch“ nicht genügend beschrieben. Er hat mit seinen Entscheidungen einen tiefen Einfluss auf die Kultur eines ganzen Landes genommen“, so Delcid.

In seiner „X“-Caption kann man lesen: „CEO of El Salvador“. Mit der Verbindung zum Glauben und seiner Nahbarkeit hat Bukele eine Stimmung geschaffen, die an die Herrschaft eines bürgerzugewandten Königs erinnert.

In der kommenden Wahl könnten die Bürger Bukele zwar theoretisch abwählen, – er genießt immer noch Zustimmungswerte über 80 Prozent – das Modell Bukele scheint jedoch für die weitere Entwicklung des Landes alternativlos zu sein.

Delcid:

„Die Menschen haben sich daran gewöhnt, unmittelbar informiert zu werden, und das stärkt ihr Vertrauen zur Regierung und deren Kurs.“

Diese Herangehensweise scheint angesichts der schweren kollektiv traumatischen Situation, die sich erst anfänglich abzubilden scheint, künftig noch wichtiger zu werden. Wenn die Botschaft weiterhin eine Stimmung von „Wir werden alle etwas Leid zu ertragen haben, damit das Land als Gesamtes nach vorn kommt.“ beibehält, könnte das trotzdem zu wenig sein. Wer nach Jahren im Überlebensmodus irgendwann erkennt, wie sehr er tatsächlich am Ende ist, dürfte kaum noch bereit sein, weiteres Leid zu ertragen. In einer solchen Situation ist eine Regierung, die mit starker Hand regiert, andererseits vielleicht auch ein Anker. Je mehr dieses Trauma in das salvadorianische Bewusstsein tritt, desto größer wird die Frage danach, ob El Salvador tatsächlich einen langfristigen Weg aus der Krise findet.

Der Fall El Salvador macht die Debatte „Lobbydemokratie vs. glaubensorientierte Geschäftsführermentalität“ endgültig

salonfähig. Was sich dort in den letzten Jahren abspielte und noch abspielen wird, hat schon lange die Aufmerksamkeit Trumps und der Welt errungen. Die „fight against terrorism“-Buddies Trump und Bukele bringen damit einen Modus Operandi ins Spiel mit dessen Nachahmung zu rechnen ist. Auch die AfD hatte beim Bundestag Anfang des Jahres mehrere Anfragen zu unter Verschluss gehaltenen Informationen über die Aktivitäten deutscher politischer Stiftungen in El Salvador gestellt.

Das Dilemma des politischen Ausnahmezustands besteht darin, dass er, wenngleich er realpolitisch durchaus berechtigt sein mag, über einen längeren Zeitraum angewandt, eine Regierung hervorbringt, die sich an die Vorteile dieses Zustandes gewöhnt.

Je länger dieser andauert, desto weniger wird es jenen, die ihn ausüben, einleuchten, warum man es einmal anders gemacht hat. Würde der Ausnahmezustand beendet, müsste außerdem mit unzähligen Anfechtungen der Gerichtsurteile zu rechnen sein, die im Ausnahmezustand gefällt wurden.

Die Frage danach, was passiert, wenn der „König“ in Ungnade fällt bleibt weiter offen.

Es wäre zynisch zu sagen: „Wer dieser Tage Mühe hat, Essen zu bezahlen, der breche sich in der Hauptstadt ein Bein.“ Oder: „Im Gefängnis ist das Essen inklusive.“ Damit diese Aussagen jedoch nicht zu einer schmerzhaft treffenden Beschreibung der Realität der Armen des Landes werden, ist noch einiges zu tun. Auch ein Arbeitslager ließe sich problemlos in das evangelikale Selbstverständnis der Regierung einbauen. Ganz nach dem Motto: „Es ist an der Zeit, dass die Gangs den Menschen etwas zurückgeben, dafür, dass sie so viele Leben genommen haben.“ Damit ließe sich zumindest das Problem der fehlenden Generation lösen.



Ludwig Elias Franz, Jahrgang 1999, Künstler und Journalist, engagiert sich bei der Initiative OMNIBUS zur Förderung direkter Demokratie in Deutschland auf Basis des Grundgesetzes §20. Seit er sein Studium der Philosophie und Kunst von der Institutionalisierung befreit hat, schreibt und berichtet Franz über soziale und ökologische Themen im In- und Ausland, darunter Haiti, Mexiko und Kirgisistan.